

## CSSR-Intervention und die Linke

Die militärische Intervention der UdSSR und anderer Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR hat verständlicherweise auch in der außerparlamentarischen Opposition zunächst eher Emotionen als politische Analysen hervortreten lassen.

Innerhalb des weiten Feldes der außerparlamentarischen Opposition finden sich unter anderen folgende kontroverse Interpretationen der Vorgänge um die CSSR: Die Intervention, so hört man auf der einen Seite, sei die Reaktion eines nur dem Schein nach sozialistischen, in Wahrheit totalitär-imperialistischen Systems (nämlich der UdSSR) auf das in der CSSR praktizierte Modell eines freiheitlichen Sozialismus. Die von der UdSSR vorgebrachten Argumente, nämlich die Hinweise auf „konterrevolutionäre“ Bestrebungen in der CSSR und auf außenpolitische Machtverschiebungen zuungunsten des Warschauer Paktes, seien nichts weiter als propagandistische Tarnungen. Die Intervention erscheint hier als eine Art Glaubenskrieg, als eine Strafaktion einer pervertierten „Großkirche“, die den Glaubensinhalt (die Revolution) längst verraten habe, gegen die wahrhaft Gläubigen.

Von dieser Darstellung nicht weit entfernt ist die (u. a. von Sprechern der außerparlamentarischen Opposition in Westberlin vertretene) Auffassung, die UdSSR, die der antikolonialen Revolution und Vietnam die militärische Unterstützung verräterischerweise verweigere, reagiere empfindlich nur dort, wo die Stabilität ihres mit den USA sozusagen abgesprochenen machstaatlichen Herrschaftsberichts angetastet werde. Die Politik der UdSSR sei also im Grunde nichts weiter als traditionelle Großmachtspolitik.

Auf der anderen Seite, vornehmlich bei westdeutschen Kommunisten, wird die Intervention als notwendige und berechtigte Abwehrmaßnahme gegen einen antisozialistischen Plan der Machtergreifung in der CSSR hingestellt, die im Ergebnis den Sozialismus in der CSSR gerettet habe. Wer die Intervention kritisiere, sei der imperialistischen Propaganda erlegen und stärke zumindest objektiv die reaktionären politischen Kräfte in der Bundesrepublik.

Überprüft man diese Versionen, so fällt zunächst auf, daß beide methodisch verwandte Züge haben: In beiden Fällen werden die Ereignisse nicht in ihrem konkreten, historischen, gesellschaftlichen und außenpolitischen Zusammenhang erörtert, sondern ein längst vorgegebenes Deutungsschema erklärt ohne langes Wenn und Aber den Sachverhalt — hier das Schema von der antisozialistischen, imperialistischen Politik der UdSSR, dort das Schema von der UdSSR als der Autorität des Weltsozialismus, die letztlich nicht irren könne, wobei das erste Schema oft die durch Enttäuschung gewonnene Umkehrung des zweiten ist.

Im folgenden wird versucht, einige Zusammenhänge der Intervention jenseits derartig „theologischer“ Denkmuster zu skizzieren.

## I

Das sozialistische System in der Tschechoslowakei wurde in der Nachkriegszeit nicht etwa einer dem Sozialismus überwiegend feindseligen Bevölkerung aufgefropft (tatsächlich hatte gerade in der CSR die Kommunistische Partei nach 1945 starken Rückhalt in der Bevölkerung); dieses System entstand aber andererseits in seiner konkreten Ausformung auch nicht ohne den außenpolitischen Druck der UdSSR, wobei die damaligen Entscheidungen der UdSSR vor allem durch die begründete Befürchtung bestimmt wurden, die CSR könne durch die Einbeziehung in den Marshall-Plan dem sich bildenden westeuropäisch-amerikanischen Block einverleibt und damit auch strategisch zum Instrument gegen die UdSSR gemacht werden. Solche Befürchtungen der UdSSR lagen damals um so näher, als die USA gerade erklärtermaßen eine Roll-back-Politik gegenüber dem Kommunismus starteten und die CSR schon unter Hitler als Ausgangsbasis für den Angriff auf die UdSSR gedient hatte. Das unter Regie der UdSSR in der CSR errichtete sozialistische Regime schien in seiner Existenz zunächst relativ unproblematisch, zumal zwischen der CSR und der UdSSR — im Unterschied etwa zu Polen oder Ungarn — nicht etwa historische nationale Differenzen, sondern, im Gegenteil, traditionelle nationale Bindungen bestanden. Jahre hindurch wurde denn auch in den Staaten und Parteien des Warschauer Pakts die CSSR als jenes sozialistische Land nächst der UdSSR betrachtet, in dem innere gesellschaftliche Krisen (wie in der DDR, Ungarn und Polen) nicht auftreten könnten. Hier bereits zeigte sich allerdings eine politische Denkweise, die einen äußerst folgenreichen Verlust an marxistischer Theorie verriet: Vordergründig-machtpolitische Absicherung und bürokratische „Stabilität“ des Systems wurden fälschlich für die endgültige Durchsetzung des Sozialismus gehalten.

Die Einschätzung der Situation in der CSSR von seiten der sowjetischen Kommunisten verkannte im übrigen Unterschiede der politischen Geschichte und der ökonomischen Struktur der CSSR einerseits, der UdSSR andererseits. Die CSSR hatte, stärker als alle anderen Ostblockstaaten, demokratische Elemente innerhalb des bürgerlichen Staates entwickelt; zudem war sie beim Übergang zum sozialistischen Regime industriell bereits hoch entwickelt. Um so größere Belastungen mußte hier die Periode des Stalinismus hinterlassen; um so ängstlicher hütete man sich daher auch in der Führung der CSSR Jahre hindurch, das Problem des Stalinismus überhaupt beim Namen zu nennen und mit der Vergangenheit kritisch zu verfahren. Die immer noch vorherrschende Weigerung der offiziellen Doktrin in den Ostblockstaaten, das Problem des Stalinismus marxistisch-theoretisch anzugehen, mußte gerade in der CSSR auf längere Frist Explosivstoff anhäufen; zugleich lähmte gerade hier der Dogmatismus nicht nur die ideologische, sondern auch die ökonomische Entwicklung.

Es war vorherzusehen, daß unter diesen Umständen eine Reformbewegung in der CSSR, wenn sie erst anließ, ein sehr viel schärferes Tempo annehmen und sehr viel schwierigere Probleme aufwerfen würde als in manchen anderen Ostblockstaaten.

Es war zweitens vorherzusehen, daß eine Reformbewegung innerhalb der CSSR, durchaus im Unterschied etwa zu Ungarn 1956, das Problem stellen würde, innerhalb des Warschauer Pakts und ohne Bruch mit der sowjetischen Partei eine neue Variante kommunistischer Entwicklung möglich sei, eine Variante, die angesichts der spezifischen historischen und ökonomischen Bedingungen in der Tschechoslowakei in gewissem Umfange Modellcharakter für sozialistische Bewegungen in Westeuropa hätte gewinnen können. Daß Reformbewegungen in

der CSSR nicht etwa, wie linke Utopisten in der BRD hofften, castristische oder maoistische Züge, sondern eher „sozialdemokratische“ Akzente haben würden, war ebenfalls zu erwarten. Schließlich war auch mit Sicherheit zu erwarten, daß politische Kräfte innerhalb der NATO, vor allem in der Bundesrepublik, jede Reformbewegung in der CSSR zu dem Versuch nutzen würden, diesen Staat auf längere Sicht aus dem Warschauer Pakt herauszubringen und auf diese Weise den Status quo in Europa zu ihren Gunsten zu verändern.

Als diese vorhersehbaren Entwicklungen Ende 1967 in Gang kamen, stellte sich heraus, daß die sowjetische Führung keine theoretische Perspektive und keine politische Strategie zur Bewältigung der damit entstehenden Probleme verfügbar hatte. Statt dessen war das Verhalten der UdSSR in den einzelnen Phasen der Krise um die CSSR allem Anschein nach durch den eher panischen Wunsch bestimmt, jedes sicherheitspolitische Risiko für den Warschauer Pakt zu vermeiden (was verständlich ist) und der UdSSR selbst sowie den anderen Ostblockstaaten jede innere Beunruhigung durch die Reformbewegung in der CSSR zu ersparen (was sich auf längere Sicht als katastrophenträchtig erweisen wird).

Die Führung in der UdSSR setzte ihre Hoffnungen offenbar nicht in die offene politische Auseinandersetzung und Diskussion mit den Massen in der CSSR (und in den anderen Staaten des Warschauer Pakts), sondern in die Wirksamkeit administrativen Drucks und militärischer Demonstration — dies gegenüber einer Partei in der CSSR, die — was auch immer man von einzelnen ihrer Entscheidungen halten mag — ohne Zweifel an der Grundentscheidung für das sozialistische System wie auch am Bündnis mit der UdSSR festzuhalten entschlossen war. Die militärische Besetzung legte die ganze Fehlerhaftigkeit der Konzeption bloß: Der Truppeneinmarsch geschah mit der Begründung, eine Gruppe von politischen Persönlichkeiten in der KP der CSSR habe das Militär der anderen Staaten um Hilfe gebeten, ein Argument, das offenbar von der Kalkulation ausging, nach dem Einmarsch werde sich ein gewichtiger Teil der Partei und der Bevölkerung in der CSSR auf die Seite der Interventionsstaaten stellen. Auch die Polemik gegen die „Verräter“ Dubcek, Smrkovsky und Cernik, die zunächst in der sowjetischen Presse anlief, zeugte von der Erwartung, die Bevölkerung in der CSSR werde sich leicht von dieser Führungsgruppe trennen lassen. Derart groteske Fehleinschätzungen der Situation in der CSSR können wohl nicht mit einem Mangel an Informationen erklärt werden; sie deuten vielmehr auf tiefgehende strukturelle Fehleinstellungen in der sowjetischen Politik hin. Auch die Verwunderung in der UdSSR, als die kommunistischen Parteien außerhalb des Warschauer Pakts mehrheitlich die Intervention in der CSSR verurteilten oder kritisierten, zeugt von einer isolationistischen Einstellung, die den Begriff der „kommunistischen Weltbewegung“ zur Farce macht.

## II

Die Reaktionsweisen der UdSSR in der Kontroverse mit der CSSR, der Ablauf und die Begründung der Intervention und der vorläufige — wohl eher dilatorische — Kompromiß mit der Reformgruppe in der KP der CSSR, weit davon entfernt, eine offensive Haltung im Sinne des internationalen Sozialismus auszudrücken, verraten die politische Schwäche der sowjetischen Position, das Unverständnis gegenüber der Situation in der CSSR und ihrer Problematik und eine gewisse Panik angesichts unvermeidlicher — und gewiß nicht risikofreier — Wandlungsprozesse in den sozialistischen Staaten; gerade die Flucht in die Anwendung administrativ-militärischer Mittel deutet in diesem Falle ja keines-

---

# Dokumentation und Zeitgeschehen

---

## in der edition suhrkamp

---

- 173 Jürgen Horlemann / Peter Gäng: Vietnam. Genesis eines Konflikts. *Erstausgabe*. Die Geschichte Vietnams seit den dreißiger Jahren.
- 203 Hans Magnus Enzensberger: Deutschland, Deutschland unter anderm. Äußerungen zur Politik. *Erstausgabe*.
- 222 Werner Hofmann: Stalinismus und Antikommunismus. *Erstausgabe*. Hofmann definiert den Stalinismus und den Antikommunismus als Momente der Verblendung.
- 226 Folgen einer Theorie. Essays über »Das Kapital« von Karl Marx. *Erstausgabe*. Vor 100 Jahren ist »Das Kapital« erschienen. Fachleute diskutieren seine Rezeption und Bedeutung.
- 228 Peter Gäng / Reimut Reiche: Modelle der kolonialen Revolution. *Erstausgabe*. Die Autoren untersuchen die koloniale Interessenpolitik, die antikolonialen Aufstände und die Theorien revolutionären Handelns.
- 223 Elisabeth Hannover-Drück / Heinrich Hannover: Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. *Erstausgabe*. Erstmals wird hier ausführliches Material über Vorbedingungen und Nachgeschichte dieses Verbrechens veröffentlicht.
- 236 Wolfgang Fritz Haug: Der hilflose Antifaschismus. *Erstausgabe*. Haugs Analysen definieren die Ohnmacht jeder Opposition, die sich nicht politisch verwirklicht.
- 255 Jürgen Horlemann: Modelle der kolonialen Konterrevolution. *Erstausgabe*. Die Studie knüpft an den Band 228 an und ist dessen notwendige Ergänzung.
- 257 Ernst Bloch: Widerstand und Friede. Aufsätze zur Politik. *Erstausgabe*. Die Auswahl ist mit dem Titel der Rede Blochs zur Friedenspreisverleihung überschrieben.
- 263 Antworten auf Herbert Marcuse. *Erstausgabe*. Herausgegeben von Jürgen Habermas. Junge Autoren ehren den gesellschaftskritischen Theoretiker zum 70. Geburtstag.
- 264 W. Amman, H. Bacia, C. Nedelmann, P. Thoss: Kritik der Strafrechtsreform. *Erstausgabe*.
- 265 Stephan Leibfried: Die angepaßte Universität. *Erstausgabe*. Leibfried untersucht die »autoritäre Struktur« der Hochschule in der Bundesrepublik und den USA.
- 269 Martin Walser: Heimatkunde. Aufsätze und Reden. *Erstausgabe*. Heimatkunde darf hier als Bestandsaufnahme der politischen Umwelt verstanden werden.
- 270 Karl Markus Michel: Die sprachlose Intelligenz. *Erstausgabe*. Michel zeigt den Antagonismus zwischen Reflexion und Aktion, Intelligenz und Politik, Sprache und Macht.
- 271 Bottroper Protokolle. Aufgezeichnet von Erika Runge. *Erstausgabe*. Vorwort von Martin Walser. Bewohner einer Stadt im Ruhrgebiet berichten in Tonbandgesprächen über die Stilllegung »ihrer« Zeche.
- 291 Ernst Bloch: Über Karl Marx. *Erstausgabe*. Dieser Band enthält u. a. die Rede »Marx, aufrechter Gang, konkrete Utopie«, die Bloch zum 150. Geburtstag von Karl Marx in Trier gehalten hat.

---

Suhrkamp Verlag

---

6000 Frankfurt, Postfach 2446/WPO 2

---

wegs auf machtbewußte Expansionsabsichten, sondern vielmehr auf die verschreckte und politisch nahezu hilflose Bemühung hin, den Status quo noch einmal zu stabilisieren. Wenig überzeugend wirkt in diesem Zusammenhang insbesondere die Informationspolitik der UdSSR, so etwa der melodramatische ständige Hinweis auf die Unbill, die den 99 Prager Arbeitern (die an die „Prawda“ schrieben) und konservativen früheren Funktionären in der CSSR zugefügt werde, ferner der Hinweis auf die angebliche Entwaffnung der angeblich treukommunistischen Volksmiliz als Beleg für konterrevolutionäre Tendenzen in der KP-Führung der CSSR — während dann nach der Besetzung die Volksmiliz plötzlich als potentieller Herd der Konterrevolution erschien. Grotesk auch der Hinweis auf die „konterrevolutionäre Minderheit“ um Dubcek, in einer Situation publiziert, als diese Gruppe offensichtlich die absolute Majorität der Partei und der Bevölkerung hinter sich hatte, was ja dann auch dazu führte, daß letzten Endes diese „Minderheit“ wieder als einzig möglicher Gesprächspartner für die Erhaltung des sozialistischen Systems in der CSSR in Erscheinung trat. Enthüllend schließlich die Berufung darauf, daß anonyme „politische Persönlichkeiten“ die Intervention und Besetzung erbeten hätten, während nach der Besetzung sich keine dieser Persönlichkeiten als bereit erwies, aus der Anonymität herauszutreten.

Die Begründung für die Intervention versteifte sich derart auf die These der Abwehr einer „Verschwörung“ (zunächst einer „Minderheit“ in der KP der CSSR, dann einer mit dem Westen kooperierenden Gruppe außerhalb der KP), daß selbst die Teilwahrheit, die in dieser These steckt (nämlich die zielstrebige Ausnutzung der Situation durch westliche Geheimorganisationen) nicht mehr geglaubt wurde. Als Interpretation der Gesamtlage und ihrer Ursachen aber muß die Verschwörungstheorie gerade marxistischem Denken als absolut unangemessen gelten; insbesondere hier erwies sich, wie sehr die sowjetische Argumentation darauf hinauslief, die wahren Probleme theoretisch zu umgehen.

Umgangen wurde in den Verlautbarungen der Warschauer-Pakt-Staaten auch das Problem, wie denn die Intervention mit dem — in der offiziellen Doktrin dieser Staaten unbestrittenen — Prinzip der nationalen Souveränität zu vereinbaren sei. Gerade die Leninsche Theorie enthält wichtige Aussagen zum Thema der Souveränität der Völker, die hier, über das bürgerliche Völkerrechtsdenken hinausgehend, mit dem Prinzip der Volkssouveränität vermittelt wird. Wenn die heutige sowjetische Politik im konkreten Fall dem Sicherheitsinteresse der UdSSR den Vorrang vor diesem Leninschen Prinzip der Volkssouveränität gibt, so ist dies ein Problem, das am wenigsten durch scheinlegalistische Fiktionen, die für jedermann als propagandistische Überbrückungen eines politischen Widerspruchs erkennbar sind, gelöst werden kann. Die politische Verlegenheit diesem Widerspruch gegenüber hat wohl auch dazu beigetragen, daß in den offiziellen Rechtfertigungen der Intervention durch die UdSSR der Hinweis auf die Gefährdung der sowjetischen Sicherheitsinteressen durch die Entwicklung in der CSSR keine allzu deutliche Rolle spielt. Diese Tatsache fördert wiederum jene Interpretation in der westlichen Linken, die unter Vernachlässigung des sicherheitspolitischen Aspekts die Motive für den Schritt der UdSSR allein in der Abneigung der sowjetischen Führung gegen den Reformkommunismus sucht.

Tatsächlich spielen aber gerade beim Vorgehen der UdSSR gegenüber der CSSR sicherheitspolitische und strategische Erwägungen eine große Rolle; völlig zu Recht geht die UdSSR davon aus, daß speziell bei den maßgeblichen politischen Kräften in der Bundesrepublik die Absicht vorherrscht, durch politisch-ökonomische Einbrüche in den Bereich des Warschauer Pakts langfristig auch die mili-

tärische Machtverteilung zu ihren Gunsten zu verändern und die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren. Die westeuropäische Linke hat allen Grund, solchen Ambitionen entgegenzutreten; sie muß von daher und im Hinblick auf die weltpolitische Machtverteilung durchaus Verständnis für die sicherheitspolitischen Interessen der UdSSR haben.

Nun ist jedoch offensichtlich, daß die akute Gefahr eines Herausbrechens der CSSR aus dem Warschauer Pakt und der damit verbundenen einseitigen Machtverschiebung nicht bestand. Die Ehrlichkeit der Beteuerungen der Reformerguppe in der Führung der CSSR, die Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt und das Bündnis mit der UdSSR sollten nicht gelöst werden, kann man durchaus unterstellen. Das politische Gewicht der UdSSR war überdies groß genug, um auch ohne Truppeneinmarsch den abrupten Ausbruch der CSSR aus dem Paktsystem zu verhindern. Wenn die UdSSR zur Begründung ihrer Politik darauf hinweist, daß in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit die Forderung nach Neutralität der CSSR erhoben wurde, so ist hier festzustellen, daß solche Parolen erst nach dem Einmarsch sich ausbreiteten und eine völlig verständliche Reaktion gegenüber der Intervention ausdrückten. Die Gefahr für den Warschauer Pakt lag also nicht darin, daß Dubcek und seine Leute den Pakt verlassen würden, sondern vielmehr darin, daß langfristig innergesellschaftliche Wandlungen in der CSSR den Boden für den Austritt aus dem Pakt bereiten könnten. Und dies war ein Grund für die militärische Intervention der UdSSR.

Hier genau zeigt sich nun die strukturelle Problematik der gegenwärtigen sowjetischen Politik, die, geblendet durch kurzsichtige und verabsolutierte militärpolitische Interessen und traditionelle Denkweisen einer Großmacht, die sozialistische (in Vietnam gegen die USA bewährte) Erkenntnis verdrängt hat, daß auf die Dauer politisches Bewußtsein der Majorität eines Volkes stärker ist als militärpolitische Konstruktionen. Es wäre Sache der sozialistischen Staaten und aller kommunistischen Parteien gewesen, die offene Auseinandersetzung um die sozialistische Entwicklung der CSSR zu führen, ebenso den offenen und internationalen politischen Kampf gegen jene Ambitionen, die die CSSR in den Machtbereich der NATO hinüberziehen wollten — und langfristig hätte allein der Erfolg dieser Auseinandersetzung auch sicherheitspolitische Risiken ausschalten können. Diese politische Auseinandersetzung internationalen Formats hat die UdSSR nicht einmal versucht. Statt dessen hat sie, im Widerspruch zu den Vorstellungen der Mehrheit der kommunistischen Parteien in der Welt, den administrativ-militärischen Weg der Intervention im Stile des Coups gewählt und damit aller Voraussicht nach vorerst alle Chancen zerstört, daß das tschechoslowakische Volk sich freien Willens für die Beibehaltung des Bündnisses mit der UdSSR entscheiden würde. Damit ist auch sicherheitspolitisch ein Risiko entstanden, das jedes vor der Intervention bestehende Risiko weit hinter sich läßt. Die UdSSR wird vermutlich bald erfahren, daß militärpolitische „Stabilisierungen“ dieser Art unter den heutigen Bedingungen in der Tat Papiertiger-Charakter haben.

### III

Prinzipiell das gleiche gilt für die gesellschaftspolitische Seite des Problems. Auch hier ist festzustellen, daß die von den Interventionsstaaten behaupteten antisozialistischen Tendenzen durchaus vorhanden waren, daß aber keine akute Gefahr des Übergangs der CSSR zum Kapitalismus bestand. Die Verhältnisse in der CSSR und die politische Linie der Reformier in der KP der CSSR boten zumindest die Chance, den Sozialismus in diesem Lande auf die Stufe des Bewußt-

seins, der demokratischen Aktivität der Majorität zu heben, ohne daß mit dieser Feststellung den idealisierenden Überzeichnungen des „Prager Modells“ gefolgt wird. Wiederum setzte die sowjetische Führung nicht auf die politische Strategie der offenen Auseinandersetzung innerhalb der Massen und in Kooperation mit der internationalen Linken (etwa den für die Bürger der CSSR wichtigen Kommunistischen Parteien Westeuropas), sondern auf die militärische Pressure. Die Chancen der kommunistischen Bewegung in der CSSR sind damit für lange Zeit zunichtegemacht, jede Reformbewegung dort gerät nun innerlich ins „westliche“ Fahrwasser.

Gewiß hätte der Fortgang der Reformbewegung in der CSSR Anfechtungen und Beunruhigungen in anderen Staaten des Warschauer Pakts freigesetzt. Aber die sowjetische Führung irrt, wenn sie meint, solchen Problemen nun entgangen zu sein. Die Geschichte läßt sich nicht betrügen. Das sozialistische System als Import (eine Kennzeichnung, die unter den sozialistischen Randstaaten der UdSSR auf die CSSR am wenigsten zutrifft) wird Dauer nur insoweit haben, als der veräumte Akt der Revolution in — wenn auch noch so schwierigen — bewußten Entscheidungen der Majorität nachgeholt wird. Insofern hat die Intervention in der CSSR die politische Krisenanfälligkeit anderer sozialistischer Randstaaten nicht aus der Welt geschafft, sondern die Probleme lediglich vertagt und ihre Lösung im sozialistischen Sinne aufs äußerste erschwert. Die Spekulation, diese Probleme würden sich in nichts auflösen, wenn es gelänge, das Warschauer-Pakt-System solange vordergründig stabil zu halten, bis die ökonomische Entwicklung dort den Lebensstandard der führenden westlichen Länder erreichbar gemacht habe, verabsolutiert auf gefährliche Weise einen Teilfaktor; die zunehmenden gesellschaftskritischen Bewegungen in den führenden kapitalistischen Staaten signalisieren ein politisches Anspruchsniveau, das weit über das Thema „Lebensstandard“ hinausgeht und das sich trotz aller Unterschiede der Systeme und Entwicklungen kommunikativ auch in die Ostblockstaaten hinein vermittelt. Marxistische Theorie müßte sich die Frage stellen, ob hier nicht neuartige und zusätzliche Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sichtbar werden; sozialistische Politik, auch in der UdSSR, wird auf lange Sicht nur dann Erfolge haben, wenn sie Konzeptionen auch für die Lösung dieser neuauftretenden Widersprüche findet. Die Vorstellung, der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus im Weltmaßstab hänge völlig vom anzustrebenden ökonomischen Vorsprung der jetzt vorhandenen sozialistischen Staaten ab (um dessentwillen dann durch machtpolitische Stabilisierung jede Beunruhigung innerhalb dieser Staaten auszuschalten sei), legt den Kern der Problematik der gegenwärtigen kommunistischen Ideologie offen.

Die teils verständnislose, teils hilflose theoretische und politische Reaktion der sowjetischen Kommunisten gegenüber den „häretischen“ kommunistischen Parteien und Staaten (Jugoslawien, China, Kuba), die passive Einstellung gegenüber den kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern und schließlich auch die Blindheit gegenüber den Folgen der Intervention in der CSSR resultieren nicht etwa, wie die „antiautoritäre“ Propaganda schnellfertig behauptet, aus einem sowjetischen „Verrat“ am Weltkommunismus zugunsten nationalistisch-imperialistischer Ziele der UdSSR, sondern vielmehr aus der historisch erklärbaren Identifikation des Weltkommunismus mit dem Bestand des sowjetischen Staates. Diese Identifikation enthält eine Teilwahrheit: Nachdem die russische Revolution 1917 allein geblieben war, lag und liegt die Sicherung der Existenz des sowjetischen Staates im Interesse des internationalen Sozialismus. Der Klassenkampf hat sich seit der Gründung der Sowjetunion zum Teil auf die

Ebene der politischen Auseinandersetzung zwischen den Staaten verschoben; auch heute erweist sich nüchterner Betrachtung die politisch-ökonomische und militärische Macht der Sowjetunion als Rückhalt für autochthone Revolutionen, wo diese in Auseinandersetzung mit fremdstaatlicher Macht geraten (so etwa in Vietnam, das sich, entgegen den Behauptungen einiger hiesiger Linken, in seinem Emanzipationskampf sehr wohl auf den Rückhalt der UdSSR stützt). Die Identifikation von internationalem Sozialismus oder kommunistischer Weltbewegung mit dem sowjetischen Staat geht jedoch auf katastrophale Weise fehl, wo sie die Existenz der UdSSR und des von ihr geführten Blocks als einzigen relevanten Faktor innerhalb des internationalen Klassenkampfes setzt — wo sie an die Möglichkeit des militärischen oder militärisch gestützten Exports des Sozialismus glaubt —, wo sie eine theoretische Autorität der sowjetischen Kommunisten für den internationalen Sozialismus postuliert —, oder wo sie schließlich den spezifischen Weg der UdSSR für ein generelles Modell sozialistischer Entwicklung hält. Gewiß gibt es zu einigen dieser Probleme, zumal seit dem XX. Parteitag, auch in der sowjetischen Parteiprogrammatik Formulierungen, die derartige Irrtümer vermeiden, aber die theoretische Debatte hierüber blieb in der sowjetischen (und in mancher anderen kommunistischen) Partei zu oberflächlich, als daß wirkliche Lösungen hätten entstehen können. Auch jene Konzeptionen westlicher kommunistischer Parteien, die etwa im Stile des Togliatti-Memorandums die „Vielfalt“ der kommunistischen Weltbewegung proklamieren, sind höchstens brauchbare Übergangsformeln, nicht jedoch marxistisch-theoretische Lösungen — was ohne weiteres sichtbar wird, wenn man sie — unabhängig von ihrem politischen Entscheidungsgehalt — in ihrem analytischen Niveau mit Theorien der leninistischen Epoche vergleicht.

Soweit es um die sowjetische Partei geht, hat die Abneigung gegenüber einer tiefgehenden theoretischen Analyse der bisherigen und der möglichen künftigen Entwicklung des Weltkommunismus mehrere Gründe: Da ist die traumatische Erinnerung an die Isolierung der russischen Revolution 1917, da ist (verständlich genug) der Hang zu innerer Geschlossenheit angesichts der Erinnerung an den Frontalangriff des deutschen Faschismus auf die Sowjetunion, und da ist schließlich, und hier liegt das eigentliche Problem, die beharrliche Weigerung, im Stalinismus mehr als das Versagen von Personen, mehr als einen Betriebsunfall der Entwicklung des Sozialismus zu sehen. Der letztgenannte Punkt bezeichnet die unbewältigte Vergangenheit des sowjetischen Kommunismus, die, je länger sie aus dem Bewußtsein verdrängt wird, desto mehr die Politisierung der Massen in der UdSSR verhindert und progressive Chancen des sowjetischen Systems abschneidet.

#### IV

Traumatisch fixiert auf die Sowjetunion, positiv wie negativ, war und ist weitgehend die westeuropäische Linke. Während ein großer Teil dieser Linken, wohl unter dem Eindruck des „Versagens“ der Revolution in Mittel- und Westeuropa am Ende des ersten Weltkrieges, Jahrzehnte hindurch die außenpolitische Hilfestellung für die Sowjetunion zum einzigen Fixpunkt ihrer Strategie machte und dabei die theoretische und politische Entwicklung unter den eigenen gesellschaftlichen Bedingungen fast aus den Augen verlor, neigt nun die „junge“ Linke in Westeuropa dazu, die Sowjetunion für das Ausbleiben der Weltrevolution verantwortlich zu machen oder gar zum Hort der Konterrevolution zu erklären. Jener „neue Kommunismus“, der zur Zeit deklariert wird, will sich von



jeder (wenn auch noch so kritischen) Verbindung zum „etablierten“ Kommunismus entlasten und verschiebt damit den Sozialismus in die luftige Sphäre des literarischen Rasonnements, ein Versuch, hinter dem mindestens zum Teil das verachtenswerte Motiv steckt, sich der Mühsal der politischen Praxis (und damit auch des politischen Irrtums) zu entziehen.

Die Ereignisse in der CSSR werden vermutlich in der westeuropäischen Linken zunächst Tendenzen bestärken, die durch die generelle Distanzierung von jedem praktisch gewordenen Sozialismus (es sei denn, er befinde sich in gehöriger geographischer Entfernung und dementsprechender Undeutlichkeit) auf sozialistische Praxis überhaupt verzichten und damit auch die Chance der praktischen Kritik am etablierten Sozialismus und seinen aktuellen und strukturellen Fehlern und Überfremdungen verpassen.

Andererseits könnten gerade diese Ereignisse, insbesondere bei den westeuropäischen kommunistischen Parteien, zur theoretischen Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit führen und damit die Voraussetzungen für einen neuen politischen Start der sozialistischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern schaffen. Damit aber, ebenso wie durch die Emanzipationskämpfe in der Dritten Welt, könnten notwendige Wandlungen in den Staaten des Warschauer Pakts Entfaltungsspielraum erhalten. Die Rolle der Sowjetunion bzw. der gegenwärtigen sowjetischen Politik kann dabei nüchtern und differenziert beurteilt werden; wer in Moskau nicht das neue Jerusalem sah oder sieht, hat keinen Anlaß, an die Stelle der notwendigen politischen Auseinandersetzung mit der Politik der sowjetischen Kommunisten nun die linke politische Theologie der Verteufelung der Sowjetunion zu setzen. Die internationale Linke bedarf nicht eines neuen politischen Evangeliums, sondern der Rückkehr zur kritischen Methode des Marxismus und der Weiterentwicklung ihrer Ergebnisse.

So bitter es klingen und so sehr es das Bedürfnis nach „klaren Fronten“, nach dem „einfachen Leben“ in Sachen Politik enttäuschen mag: Die Demokratisierung der jetzt vorhandenen sozialistischen Staaten und die „Humanisierung“ des Sozialismus sind endgültig erst durchsetzbar, wenn Veränderungen des Kräfteverhältnisses im internationalen Maßstab, insbesondere die Kräftigung der linken Bewegungen in den führenden kapitalistischen Staaten den zwischenstaatlichen Druck von den sozialistischen Staaten wegnehmen. Der Machtgewinn der Linken in den kapitalistischen Staaten kann nur Sache dieser Linken selbst sein. Zwischenzeitlich müssen die etablierten sozialistischen Staaten einerseits, die Linke in den kapitalistischen Staaten andererseits gegenseitig an der Existenz des anderen interessiert sein und zu diesem Zweck Möglichkeiten politischer Kooperation suchen; dies schließt politische Auseinandersetzungen zwischen ihnen, die konkrete Ausformung des Sozialismus und die konkreten politischen Entscheidungen der Staaten und Parteien betreffend, nicht aus, sondern erfordert sie.